

Beschluss Sichtbarkeit verteidigen. Solidarität leben. Queere Rechte europaweit stärken.

Gremium: Präsidium
Beschlussdatum: 13.05.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

1. Lage: Queere Rechte unter Druck – Sichtbarkeit als demokratische Praxis

Die Rechte von LSBTIQA*-Personen stehen europaweit unter wachsendem Druck. Rechtspopulistische und autoritäre Kräfte nutzen queerfeindliche Narrative gezielt, um gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und demokratische Errungenschaften zurückzudrängen. Queerfeindlichkeit ist damit Teil einer politischen Strategie gegen Vielfalt und Gleichberechtigung. Besonders betroffen von queerfeindlicher Gewalt und Ausgrenzung sind mehrfach marginalisierte Personen – etwa queere BIPOC, trans* Personen, queere Menschen mit Behinderung, jüdische oder muslimische Queers sowie Menschen mit geringem Einkommen. Solidarität muss diese unterschiedlichen Lebensrealitäten mitdenken.

Besonders sichtbar wurde diese Entwicklung in Polen. Angriffe auf Aktivist*innen, Einschränkungen von Sichtbarkeit und die sogenannten „LGBT-freien Zonen“ haben deutlich gemacht: Queere Rechte müssen aktiv verteidigt werden. Trotz politischer Veränderungen bleibt die Lage vieler Initiativen herausfordernd.

Auch in Deutschland beobachten wir eine zunehmende Polarisierung und Gewalt. Dies bezieht sich nicht nur auf Ostdeutschland, aber gerade in den ostdeutschen Bundesländern ist die Lage besonders kritisch. Gerade kleinere und mittlere CSDs berichten von steigenden Bedrohungen, rechten Gegenprotesten und wachsendem Sicherheitsaufwand. Gleichzeitig leisten lokale Initiativen unter schwierigen Bedingungen zentrale Arbeit für Sichtbarkeit, Schutzräume und demokratische Teilhabe.

CSDs sind dabei weit mehr als Veranstaltungen: Sie sind Orte politischer Sichtbarkeit, zivilgesellschaftlicher Organisation, demokratischer Selbstbehauptung und wichtige Schutzräume für die queere Community - insbesondere im ländlichen Raum. Gerade dort, wo Druck wächst, ist Sichtbarkeit kein Selbstzweck – sie ist Schutz und politisches Signal zugleich.

Viele Initiativen haben in den vergangenen Jahren unter hohem Einsatz genau diese Räume geschaffen und verteidigt. Dieses Engagement braucht konkrete Unterstützung.

Für Bündnis 90/Die Grünen ergibt sich daraus eine klare Verantwortung: Solidarität muss praktisch werden.

2. Herausforderungen und Fortschritte

Die Rahmenbedingungen für viele Initiativen sind schwierig: begrenzte Ressourcen, steigender Sicherheitsbedarf und zunehmende gesellschaftliche Spannungen. Gleichzeitig arbeiten viele Strukturen am Limit.

33 Trotzdem wurden in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erreicht:

- 34 • Prides wurden auch unter schwierigen Bedingungen organisiert
- 35 • Neue Netzwerke sind entstanden
- 36 • Queere Themen wurden sichtbarer in politische Debatten eingebracht
- 37 • Das Selbstbestimmungsgesetz wurde verabschiedet

38 Diese Entwicklungen zeigen: Veränderung ist möglich – wenn sie unterstützt wird.

39 3. Langfristige Ziele in Deutschland: Sichtbarkeit stärken, Kooperation ausbauen, Strukturen
40 sichern

41 Um bestehende Strukturen zu stärken und Austausch zu ermöglichen, wollen wir in der Pride-
42 Saison 2026 queere Sichtbarkeit gezielt stärken und gleichzeitig internationale und
43 regionale Zusammenarbeit ausbauen.

44 Zentrale Ziele unserer Grünen Politik vor Ort sind:

- 45 • Stärkung von LSBTIQA*-Sichtbarkeit in herausfordernden Regionen
- 46 • Praktische Umsetzung europäischer Solidarität
- 47 • Vertiefung deutsch-polnischer Kooperationen
- 48 • Unterstützung von Prides insbesondere in Ostdeutschland
- 49 • Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und queerer Beratungsorte
- 50 • Aufbau langfristiger Netzwerke zwischen Politik, Aktivismus und Gesellschaft

51 Dabei geht es nicht um einzelne Ereignisse, sondern um nachhaltige politische Wirkung.

52 4. Gemeinsam handeln: Europäische Verantwortung ernst nehmen

53 Angriffe auf queere Rechte sind Angriffe auf demokratische Grundwerte. Sie betreffen nicht
54 nur einzelne Länder, sondern Europa als Ganzes. Deshalb braucht es eine gemeinsame Antwort:
55 Zusammenarbeit statt Vereinzelung. Solidarität statt Rückzug.

56 Die Verbindung von Initiativen in Ostdeutschland und Polen schafft konkrete Mehrwerte:

- 57 • Gegenseitige Unterstützung
- 58 • Erfahrungsaustausch
- 59 • Gemeinsame Strategien gegen queerfeindliche Mobilisierung

60 Die Kämpfe vor Ort sind Teil eines größeren europäischen Zusammenhangs. Sie gemeinsam zu
61 führen stärkt alle Beteiligten.

62 5. Umsetzung: Sichtbarkeit konkret stärken

63 Das Projekt verbindet internationale Zusammenarbeit mit regionaler Unterstützung:

64 Deutsch-polnischer Austausch

65 Wir knüpfen an die guten Beziehungen zu den polnischen Grünen an und arbeiten gemeinsam
66 daran, die Rechte von LSBTIQA*-Personen in Polen und Deutschland zu verteidigen. Unter
67 anderem möchten wir das Jubiläum der Warschau Pride nutzen, um gemeinsam unsere Kooperation
68 und Vernetzung mit den polnischen Grünen zu vertiefen, indem wir sie dabei unterstützen,
69 mehr Sichtbarkeit für ihren Einsatz für LSBTIQA*-Rechte zu erlangen.

70 Unterstützung zentraler Programmpunkte rund um das 25. Jubiläum der Warschau Pride in
71 Kooperation mit dem europapolitischen Sprecher des Bundesvorstands:

- 72 • Vernetzungs- und Austauschformate
- 73 • Teilnahme einer deutschen Delegation und Unterstützung bei der 25-jährigen Warschau
74 Pride sowie Durchführung eines Vernetzungstreffens in Warschau

75 Ziel ist die Stärkung der Sichtbarkeit queerer Kämpfe und die Erhöhung europäischer
76 Aufmerksamkeit.

77 Unterstützung von Prides insbesondere in Ostdeutschland

78 Gezielte Förderung von:

- 79 • CSD Mecklenburg-Vorpommern
- 80 • CSD in Sachsen-Anhalt

81 Ziel ist die Stärkung lokaler Strukturen, die Absicherung von Sichtbarkeit und die konkrete
82 Umsetzung von Solidarität.

83 Solidarität jenseits von Wahlkämpfen - „Grün ist Queer“ leben

- 84 • Community Building Maßnahmen und Besuche bei zivilgesellschaftlichen queeren
85 Organisationen, die queere Rechte stärken.
- 86 • Die Gremien der Partei wie z.B. Dachstruktur QueerGrün sollen stärker eingebunden und
87 Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Beschluss Aufnahme der BAG Religionen in den Bundesdiversitätsrat

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 27.04.2026
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

- 1 Der Bundesvorstand beantragt auf Wunsch der BAG Religionen die Aufnahme der neu formierten
- 2 BAG Religionen als Delegierte für den Bundesdiversitätsrat. Bei der nächsten BDK am 04.-
- 3 06.12.2026 soll der Bundesdiversitätsrat einen Antrag zur Satzungsänderung im
- 4 Vielfaltsstatut einbringen. Die BAG Religionen soll im Vielfaltsstaut unter II.
- 5 Innerparteiliche Strukturen § 5 Diversitätsrat unter Punkt 2.4 mitaufgeführt werden.

Begründung

Religion ist im Vielfaltsstatut in der Präambel als Vielfaltsmerkmal gelistet. Andere themenbezogene BAGen wie z.B. BAG Behindertenpolitik oder Dachstruktur QueerGrün sind im Bundes-Diversitätsrat vertreten.

Beschluss Strukturelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Diskriminierung in Parteistrukturen sichtbar machen und wirksam entgegenwirken

Antragsteller*in: Xenia Kellner (KV Hannover)

Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Antragstext

1 Der Diversitätsrat möge beschließen:

2 Der Diversitätsrat von Bündnis 90/Die Grünen erkennt an, dass geschlechtsspezifische Gewalt,
3 Diskriminierung, Ausschluss und Machtmissbrauch innerhalb politischer Parteien ein
4 ernstzunehmendes demokratiepolitisches und organisationskulturelles Problem darstellen
5 können und demokratische Mitgestaltung erschweren oder verhindern.

6 Insbesondere Frauen und weiblich gelesene Personen sind im politischen Raum disproportional
7 von Gewalt, Einschüchterung, Abwertung und strukturellem Ausschluss betroffen.
8 Internationale Studien von unter anderem UN Women, International IDEA und der Inter-
9 Parliamentary Union zeigen seit Jahren, dass Frauen in der Politik überdurchschnittlich
10 häufig Erfahrungen mit:

- 11 • sexistischer Gewalt,
- 12 • sexualisierter Belästigung,
- 13 • psychischer Gewalt,
- 14 • digitaler Gewalt,
- 15 • Einschüchterung,
- 16 • Herabwürdigung,
- 17 • sowie strukturellem Ausschluss
- 18 machen.

19 Diese Studien zeigen auch, dass insbesondere

- 20 • Frauen,
- 21 • queere Menschen,
- 22 • junge Menschen,
- 23 • migrantische und rassifizierte Personen,
- 24 • Menschen mit Behinderung,
- 25 • sowie andere marginalisierte Gruppen
- 26 überproportional von Gewalt, Diskriminierung, Einschüchterung und Ausschluss im
- 27 politischen Raum betroffen sind.

28 Die Forschung zeigt zugleich, dass viele Formen politischer Gewalt und Diskriminierung nicht
29 nur von externen Akteuren ausgehen, sondern auch innerhalb politischer Institutionen und
30 Parteien stattfinden können.

31 Sie zeigt auch, dass Gewalt und Diskriminierung im politischen Raum häufig nicht nur
32 Ausdruck individuellen Fehlverhaltens einzelner Personen sind, sondern mit strukturellen
33 Machtverhältnissen, informellen Hierarchien, Organisationskulturen und ungleichen Zugängen
34 zu Ressourcen und Einfluss zusammenhängen.

35 Viele Formen struktureller und geschlechtsspezifischer Gewalt bleiben dabei unsichtbar, weil
36 sie informell stattfinden, z.B.:

- 37 • durch Ausschluss aus Netzwerken,
- 38 • strategische Isolation,
- 39 • soziale Sanktionierung,
- 40 • Rufschädigung,
- 41 • systematisches Nicht-Ernstnehmen,
- 42 • das Unterlassen von Unterstützung,
- 43 • Einschüchterung,
- 44 • oder subtile Formen psychischer und institutioneller Gewalt.

45 Viele Betroffene melden entsprechende Erfahrungen zudem nicht, unter anderem aus Angst vor:

- 46 • Retaliation,
- 47 • Karriereeinbußen,
- 48 • sozialer Isolation,
- 49 • öffentlicher Stigmatisierung,
- 50 • oder mangelndem Vertrauen in bestehende Strukturen.

51 Gleichzeitig besteht global bislang eine erhebliche Wissens- und Datenlücke über Gewalt-,
52 Diskriminierungs- und Machtstrukturen innerhalb politischer Parteien selbst. Während
53 Untersuchungen zu struktureller Diskriminierung zunehmend in NGOs, Ministerien,
54 Sicherheitsbehörden, Universitäten, internationalen Organisationen oder Unternehmen
55 durchgeführt werden, fehlen vergleichbare systematische Untersuchungen innerhalb politischer
56 Parteien bislang weitgehend.

57 Was nicht erhoben wird und wozu es keine Daten gibt, bleibt unsichtbar. Und was unsichtbar
58 bleibt, dem kann nicht effektiv und strategisch entgegengewirkt werden.

59 Dabei tragen Parteien als zentrale demokratische Institutionen eine besondere Verantwortung.
60 Sie entscheiden u.a. maßgeblich darüber:

- 61 • wer Zugang zu politischer Mitgestaltung erhält,
- 62 • wer kandidiert,
- 63 • wer sichtbar wird,
- 64 • wer politische Entscheidungen prägt,
- 65 • und welche Menschen langfristig im politischen Raum bleiben.

66 Als Bündnis 90/Die Grünen setzen wir uns gesellschaftlich für Antidiskriminierung,
67 Gleichberechtigung, Transparenz und den Schutz vor Gewalt ein. Deshalb sehen wir uns in der
68 Verantwortung, diese Ansprüche auch innerhalb unserer eigenen Strukturen konsequent zu
69 reflektieren und weiterzuentwickeln.

70 Gerade in einer Zeit starken Mitgliederwachstums und zunehmender gesellschaftlicher
71 Polarisierung ist es entscheidend, demokratische Beteiligung, diskriminierungssensible
72 Parteikultur und den Schutz vor Gewalt strukturell zu stärken.

73 Der Diversitätsrat versteht diese Auseinandersetzung deshalb als Teil einer demokratischen,
74 feministischen Organisationsentwicklung und als Beitrag zur Stärkung von Vertrauen, Teilhabe
75 und demokratischer Resilienz innerhalb politischer Parteien.

76 Deshalb fordert der Diversitätsrat:

77 **1. Entwicklung eines Konzepts für eine unabhängige und** 78 **wissenschaftlich begleitete Untersuchung**

79 Der Diversitäts Rat beauftragt den Bundesvorstand, gemeinsam mit:

- 80 • relevanten Parteigremien, wie den BAGen als fachpolitische Gremien, insbesondere der
81 BAG Frauen, dem Diversitätsrat und dem Bundesfrauenrat
- 82 • unabhängigen wissenschaftlichen Einrichtungen,
- 83 • Demokratieforschung,
- 84 • feministischer Organisationsforschung,
- 85 • Antidiskriminierungsstellen,
- 86 • sowie zivilgesellschaftlichen Expert*innen

87 ein Konzept für eine unabhängige und anonymisierte Untersuchung zu:

- 88 • geschlechtsspezifischer Gewalt,
- 89 • Diskriminierung,
- 90 • Ausschlussmechanismen,
- 91 • Machtstrukturen,
- 92 • digitaler Gewalt,
- 93 • sowie strukturellen Barrieren innerhalb der Partei
- 94 zu entwickeln.

95 2. Sichtbarmachung struktureller und informeller 96 Machtmechanismen

97 Der Diversitätsrat fordert den Bundesvorstand auf, dass innerhalb der Partei stärker
98 untersucht wird und Daten dazu erhoben werden:

- 99 • wie informelle Machtstrukturen wirken,
- 100 • welche Ausschlussmechanismen bestehen,
- 101 • welche Gruppen die Partei häufiger verlassen oder sich zurückziehen,
- 102 • und welche strukturellen Faktoren politische Teilhabe erschweren.

103 Dabei sollen insbesondere auch Erfahrungen mehrfachdiskriminierter Personen berücksichtigt
104 werden.

105 3. Entwicklung evidenzbasierter Maßnahmen zur 106 Prävention und zum Schutz

107 Auf Grundlage der Erkenntnisse sollen neben den schon bestehenden Maßnahmen, weitere
108 konkrete Maßnahmen entwickelt werden zur:

- 109 • Prävention geschlechtsspezifischer und struktureller Gewalt,
- 110 • Sensibilisierung innerhalb der Partei,
- 111 • Stärkung diskriminierungssensibler Parteikultur,
- 112 • Unterstützung und Schutz Betroffener,
- 113 • Verbesserung demokratischer Beteiligung,
- 114 • sowie Reduzierung struktureller Ausschlussmechanismen.

115 **4. Beitrag zur Schließung einer gesellschaftlich**
116 **relevanten Forschungslücke**

117 Der Diversitätsrat erkennt an, dass innerhalb politischer Parteien bislang kaum
118 systematische Forschung zu Gewalt-, Diskriminierungs- und Machtstrukturen existiert und
119 sieht darin eine relevante demokratiepolitische Forschungslücke.

120 Bündnis 90/Die Grünen sollen deshalb dazu beitragen, diese Wissenslücke verantwortungsvoll
121 mit zu schließen und neue Standards für demokratische, diskriminierungssensible und
122 inklusive Parteikulturen global mitzuentwickeln.

Beschluss Bereitstellung einer Informationsplattform und Dokumentation der Sitzungen und Tätigkeiten des Diversitätsrats

Antragsteller*in: Dominique Schirmer (KV Freiburg)
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Damit der Diversitätsrat die vielfältigen und umfassenden Aufgaben wahrnehmen kann, die im
- 2 Vielfaltsstatut und in der Geschäftsordnung formuliert sind, wird im Grünen Netz eine
- 3 interne Plattform eingerichtet, auf der Dokumente und Informationen für diese Arbeit
- 4 verfügbar sind. Die Dokumente sind an einem Ort gebündelt und nach einer verständlichen
- 5 Struktur geordnet.
- 6 Solche Dokumente sind zum Beispiel:
- 7 Die Geschäftsordnung des Diversitätsrates, alle Einladungen, Ergebnisprotokolle und weiteren
- 8 Dokumente, die im Rahmen der einzelnen Diversitätsratssitzungen (seit der ersten Sitzung)
- 9 verwendet wurden, Dokumente der Arbeitsgruppen sowie weitere relevante Dokumente und
- 10 Informationen, die für die Mitglieder des Diversitätsrates hilfreich sind, um die Beschlüsse
- 11 und Maßnahmen des Diversitätsrates nachverfolgen zu können.

Begründung

Bisher sind Informationen und Dokumente zu den Sitzungen des Bundesdiversitätsrates unvollständig und verstreut über öffentliche und interne Seiten der Partei. Eine sinnvolle Arbeit des Diversitätsrates ist aber nur auf Basis der relevanten Informationen möglich. Dazu gehört die Übersicht über Themen und Beschlüsse bisheriger Sitzungen. Weiterhin ist wichtig, dass der Diversitätsrat die Umsetzung der Beschlüsse kontrollieren und ggf. auch ihre Wirksamkeit überprüfen kann. Bisher verfügt der Diversitätsrat weder über die Informationen, noch schöpft er die Mittel aus, die nötig sind, um die im Vielfaltsstatut und in der Geschäftsordnung festgeschriebenen Aufgaben wahrzunehmen. Eine interne Informationsplattform ist deshalb ein wichtiger Baustein, damit der Diversitätsrat die vielfältigen und umfassenden Aufgaben wahrnehmen kann, die im Vielfaltsstatut (§5) und in der Geschäftsordnung formuliert sind.

Beschluss Feministische Führungskompetenz konsequent stärken

Antragsteller*in: Xenia Kellner (KV Hannover)
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Der Bundesvorstand wird aufgefordert , soweit möglich, auch in Kooperation mit den
- 2 Landesvorständen, intersektional feministische Führungskompetenz stärker in der Partei
- 3 verankern.
- 4 Dazu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen.
- 5 1. Erarbeitung eines Verständnisses von Feminist Leadership
- 6 Unter der Federführung des Bundesverbands wird eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung der
- 7 BAG Frauenpolitik und der Präsidien des Bundesfrauen- und Vielfaltsrates eingesetzt, die ein
- 8 gemeinsames Verständnis von „Feminist Leadership“ für Bündnis 90/Die GRÜNEN entwickelt.
- 9 Dabei soll externe Expertise einbezogen werden.
- 10 2. Entwicklung von Schulungsangeboten
- 11 Auf Grundlage dieses Verständnisses entwickelt der Bundesverband Module und
- 12 Schulungsangebote zum Thema Feminist Leadership. Diese sollen auch für die Landes- und
- 13 Kreisverbandsebene adaptierbar sein.
- 14 Diese Schulungen richten sich insbesondere an Menschen mit Führungsverantwortung oder
- 15 solche, die Führungsaufgaben anstreben.
- 16 3. Bereitstellung von Ressourcen
- 17 Für die Entwicklung und Umsetzung der Inhalte werden die notwendigen finanziellen Mittel
- 18 bereitgestellt, insbesondere zur Einbindung externer Expertise.
- 19 Sollte sich herausstellen, dass das Angebot nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen wird,
- 20 sollen Maßnahmen entwickelt werden um eine verbindlichere Teilnahme zu erreichen.